

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 8 (15.03.2023)

Die Musik ausgesucht, Technik Elma peindelt, am Mikrofon war Bernhard Fellingner, der dieses jetzt weitergibt an Paul Schiefer, es ist 8 Uhr.

Ö1, Journal um 8.

Mittwoch der 15.

März, guten Morgen.

Die SPÖ-Parteigremien tagen heute, sie müssen entscheiden, wie es im Führungsstreit zwischen Pamela Rendi-Wagner und Hans-Peter Doskozil zu einer Klärung kommen kann.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger schließt eine Kollektion mit der Kickel-FBÖ nicht mehr aus.

Die Grünen waren vor einem Tauschgeschäft der Reifeisenbank international mit der russischen Speerbank.

Die italienische Regierung wird erneut wegen ihrer Migrationspolitik kritisiert, gleichzeitig kommen wieder deutlich mehr Migranten und Flüchtlinge über das Mittelmeer, dazu hören sie ein Gespräch mit Cornelia Wospanik in Rom.

Und in Israel warnt der Staatspräsident vor einer Staatskrise aber seine Warnungen verhallen ungehört.

Die Wetteraussichten hat Katrin Latsch-Stetter.

Aktuell ist es oft noch bewölkt, das bleibt heute aber nicht so, im Süden zeigt sich schon am Vormittag immer häufiger die Sonne, am Nachmittag auch im Osten.

Auch von Vorarlberg bis ins westliche Niederösterreich wird es zumindest zwischendurch sanik, hier gibt es aber vor allem noch in den nächsten Stunden und dann wieder ab dem späten Nachmittag ein paar Schnee- und Schneeregenschauer.

Mit dem kräftigen Nordwestwind fühlen sich die meist 5 bis 12 Grad kalt an, in manchen Tälern werden es auch nur knapp über 0 Grad.

Um minus 9 Grad sind es heute in 2000 Meter Höhe und auf den Bergen sind auch Sturmböen dabei, Spitzen über 100 kmh aktuell, zum Beispiel bei der Köln-Brennsperre in Kärnten.

Morgen am Donnerstag, viel Sonne, weniger Wind und tagsüber eine Spur melder, morgen in der Früh wird es aber meist frostig sein.

Die SPÖ ist schon lange mit dem internen Führungsstreit beschäftigt und seit gestern ist der Machtkampf zwischen Pamela Rendi-Wagner und Hans-Peter Doskozil auch ganz offiziell eröffnet.

In einem Brief hat sich der burgenländische Landeshauptmann deklariert, er will sich um den Parteivorsitz bewerben.

Im Partei Präsidium und Vorstand geht es heute darum, wie die Führungsfrage entschieden wird.

Rendi Wagner will so schnell wie möglich einen Sonderparteitag, Doskozil will eine Entscheidung der Basis.

Niklas Lercher berichtet.

Burgenlands Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil will nun auch ganz offiziell SPÖ-Chef werden, allerdings nicht auf einem Sonderparteitag, sondern per Mitgliederentscheid.

Doskozil rechnet sich hier offenbar bessere Chancen aus.

Als wichtigster Unterstützer von Parteichefin Pamela Rendi Wagner gilt Wien's Bürgermeister Michael Ludwig.

Seine Position vor der Präsidiumssitzung heute steht fest.

Ich werde sehr stark darauf drängen, dass wir da sehr schnell zu Entscheidungen kommen. Das hört sich nach einer indirekten Absage an die Doskozil-Forderung an.

Für eine Kampfabstimmung auf einen Parteitag ist Doskozil aber nicht zu haben.

Unterstützung für ihn kommt aus Salzburg, Niederösterreich und auch von Oberösterreichs SPÖ-Chef Michael Lindner.

Er ist dafür, unsere Mitglieder entscheiden zu lassen und das auch mit einem Parteitag zu bestätigen.

Der heutige Tag wird zeigen, welches Lager sich in dieser Frage durchsetzt.

In Niederösterreich verhandelt die ÖVP gerade mit der FPÖ über ein Regierungsübereinkommen und auch im Bund.

Kann die Rede von Kanzler Karl Nehammer als Wiederanjäherung an die Freiheitlichen verstanden werden.

Die nächsten Wahlen stehen zwar erst 2024 an, die ÖVP hat aber eigentlich schon eine Koalition mit FPÖ-Chef Herbert Kickel ausgeschlossen.

ÖVP-Klubbermann August Wöginger will sich im ORF-Report jetzt alle Optionen offen halten.

Wir können ja nicht generell eine Partei ausschließen, das bringt ja auch nichts.

Aber natürlich gibt es Persönlichkeiten in der FPÖ, mit denen wir besser und leichter zusammenarbeiten können.

Ich bin zum Beispiel seit vielen Jahren sehr gut mit Präsident Hofer befreundet, wir haben auch in der Koalition gut zusammengearbeitet.

Aber der Klubbobmann und der Parteimonister Herbert Kickel, ich bemühe mich auch da um ein korrektes Verhältnis und um eine korrekte Zusammenarbeit, aber wie gesagt entscheidend tun, dass die Wählerinnen und Wähler.

Sagt ÖVP Klubbobmann August Wöginger.

Die Reifessenbank international will offenbar die Reste der Speerbank Europe kaufen der Wochenzeitung Falter sind vertrauliche Papiere aus der RBI zugespielt worden, die zeigen sollen, wie weit die Pläne fortgeschritten sind.

Es geht quasi um ein Tauschgeschäft zwischen der RBI und der staatlichen russischen Speerbank. Das ist heikel, denn gegen diese laufen EU und US Sanktionen.

Die Grünen fordern ein Einschreiten vom Finanzminister, mehr von Hannah Sommer-Sacher.

Laut geheimer Vorstandspapiere, die dem Falter vorliegen, überlegt die RBI einen Tausch.

Über einen Mittelsmann will sie die Reste der Speerbank Europe kaufen.

Im Gegenzug könnte die staatliche russische Speerbank die Reifeisentrochter in Moskau übernehmen.

Die grüne Nationalratsabgeordnete Nina Tomaselli warnt.

Ich halte das alles für ein Spiel mit dem Feuer.

Es sei fraglich, ob so ein Tauschgeschäft angesichts der EU-Sanktionen abwickelbar sei.

Die RBI betont, es handelt sich um eine theoretische Überlegung.

Die Bank halte alle Sanktionen ein.

Allfällige Transaktionen würde man mit den zuständigen Behörden abstimmen und genehmigen lassen.

Abgeordnete Tomaselli fordert erneut eine Prüfung durch die Finanzmarktaufsicht.

Dafür gibt es keine Gründe, heißt es vom Finanzministerium.

Dort erkennt man auch keine Anzeichen für eine Umgehung der Sanktionen durch die RBI

oder eine andere österreichische Bank.

Eine unbemannte US-Kampfdrohne ist im internationalen Luftraum über dem schwarzen Meer abgestürzt laut US-Angaben,

nachdem sie mit einem russischen Kampffjet zusammengestoßen ist.

Die USA warnen jetzt vor einer Eskalation und kritisieren das Verhalten der russischen Seite, berichtet aus Washington in K.P.

Eine unbemannte MQ-9 US-Militärdrohne, 11 Meter lang mit einer Spannweite von etwa 24 Metern, ist über dem Schwarz Meer abgestürzt.

Laut US-Verteidigungsministerium hätten sofort zwei russische Kampffjets die Drohne abgefangen, über ihr Treibstoff abgelassen und dann einen Propeller der Drohne berührt.

Das Spreche des US-Verteidigungsministeriums Pet Ryder wirft Russland unsicheres und unprofessionelles Verhalten vor.

Die Aktien des russischen Pilots sind klar, dass es unverschämt und unprofessionell war.

Hier in Washington ist sofort der russische Botschafter Anatoly Antonov einbestellt worden, der alle Vorwürfe zurückweist.

Die Drohne ist nach einem scharfen Ausweichmanöver abgestürzt, Konfrontation mit den USA wolle man keine.

Wir haben keine Konfrontation zwischen den USA und den Russischen Federationen.

Naht-Diplomaten betonen, dass sie nach dem Vorfall nicht von einer Eskalation ausgehen.

Nächster Schauplatz ist Italien. Dort erhebt die Rettungsorganisation SeaWatch neuerlich Vorwürfe gegen die Regierung.

Jüngster Anlassfall ist ein Boot mit Migranten und Flüchtlingen, das vor der Küste Libyen sind internationalen Gewässern gekentert ist.

Die italienische Küstenwache habe ich einfach aufgelegt, nachdem man wissen wollte, wer für den Fall zuständig sei, da Libyen kein Schnellboot schicken konnte.

30 Menschen gelten nach wie vor als vermisst, 17 wurden von einem Handelsschiff in Sicherheit gebracht und sind mittlerweile in Italien.

Aus Rom berichtet Cornelia Wospanik.

Das nächstgelegene Handelsschiff meldet sich sofort, es ist 20-mal entfernt und macht sich auf dem Weg dorthin, wo ein vollbesetztes Boot in Seenot geraten ist.

Aber welcher Staat koordiniert die Rettungsaktion? Der Verantwortliche in Libyen sagt er wisse nicht, ob es in Bengasia ein Schiff gebe.

Der Funke des Handelsschiffes sagt, Italien habe ihm gesagt, sich ein Libyan zu wenden.

Und in Italien, so die Rettungsorganisation, wird er einfach aufgelegt, als man wissen wolle, wer nun zuständig sei.

Ok, danke für die Informationen. Bye, bye, bye.

Italien habe stundenlang vom Fall gewusst und nichts getan, kritisiert die Rettungsorganisation.

Das Handelsschiff hat die Überlebenden schließlich in einen italienischen Hafen gebracht.

Ihr Gewissen sei rein, sagt Regierungschefin Giorgia Meloni.

Ihre Regierung hat den Schleppern den Kampf angesagt und warnt davor, dass hunderttausende Menschen darauf warten, aus Libyen Richtung Italien zu kommen.

Italiens Außenminister Antonio Tayani befürchtet auch einen Zusammenbruch in Tunesien und Flüchtlinge von dort.

Bei einem Besuch in Cairo werbte um die Unterstützung Ägyptens.

Senza la collaborazione, anche de Egitto, è difficile potere resolver questo problema.
Staatspräsident Sergio Mattarella wirbt von Kenia aus ein weiteres Mal für internationale Zusammenarbeit.

Solch wachsendes und epochales Problem sei bilateral nicht zu lösen, sagt der Staatspräsident.
Und ich bin jetzt mit Cornelia Vospanik in Rom verbunden. Guten Morgen.

Guten Morgen.

Die italienische Regierung und der Georgia Meloni muss sich also wieder Kritik gefallen lassen.
Meloni selbst sagt, sie habe beim Thema Boots, Flüchtlinge ein reines Gewissen.

Inwieweit ist die Kritik an der italienischen Regierung also gerechtfertigt?

Ja, zum Teil schon, denn Italians Kontrollzentrum musste wissen, dass es in Libyen keine funktionierende Küstenwache gibt.

Und dass, obwohl man diese Küstenwache über Jahre mit 57 Millionen Euro insgesamt gefördert hat,

erst letzten Monat wurden neue Motorboote übergeben.

Und in dem Fall ist man dann zuständig. Man muss allerdings dazusagen, zuständig gewesen wäre auch Malta.

Und dort hat man laut Aussagen der Hilfsorganisation gleich einmal sofort aufgelegt.

Jetzt ist natürlich fraglich, ob ein italienisches Schiff schneller vor Ort gewesen wäre, als das Handelsschiff, das die Überlebenden dann aufgenommen hat.

Und schlussendlich hat Italien dann den Rettungseinsatz doch koordiniert, denn die Überlebenden kamen in einen italienischen Hafen.

Die Regierung unter Giorgio Miloni besteht aus einem Rechtsbündnis.

Wie sehr birgt das Thema Migration auch Konfliktpotenzial innerhalb dieser Regierung?

Das ist enormer Sprengstoff für die Regierung.

Diese Parteien sind angetreten, die illegale Migration über das Mittelmeer zu stoppen.

Und sie müssen jetzt dabei zusehen, wie in den ersten drei Monaten dieses Jahres dreimal mehr Menschen über diese Route nach Italien gekommen sind, als im selben Zeitraum des Vorjahres.

An die 20.000 sind das schon.

Und dementsprechend müde und auch etwas kopflos, muss man sagen,

und chaotisch wirkte dieser Ministerrat, den man am Ort der letzten Tragödie in Kutro abgehalten hat,

vergangene Woche, wo man mittlerweile schon 81 Tot erzählt.

Giorgio Miloni sagt, gegen die Schlepper vorgehen, zu wollen nicht gegen die Menschen die Flüchtlinge.

Man hat da jetzt stärkere Strafen angekündigt, aber das ist ein bisschen so.

Es würde man Drogendealer länger ins Gefängnis stecken wollen und damit sagen wollen, dass man damit ein Kartell zerschlägt, was natürlich nicht geht.

Giorgio Miloni versucht, internationale Aufmerksamkeit zu erlangen für dieses Thema, während ihr Koalitionspartner Matthias Salvini von der Lega Druck macht, den speziellen Schutzstatus für Verfolgte zu ändern.

Also für Menschen, die an sich kein Recht auf Asyl haben.

Aber doch, wenn sie zurückgeschickt würden, verfolgt würden.

Das ist also eine sehr chaotische Linie, wo man nicht so richtig durchblickt.

Und zudem gibt es Streit um Zuständigkeiten, denn die Küstenwache, die gehört zum Verkehrsminister und das ist Matthias Salvini.
Die Marina hingegen gehört zum Verteidigungsministerium natürlich.
Und das untersteht Fratelli Ditalia, der Partei von Giorgio Miloni.
Konnele Wospanik, Sie haben es schon angesprochen.
Die Zahl der Bootsflüchtlinge ist heuer deutlich gestiegen, im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres. Welche Erklärungen gibt es denn dafür?
Der Verteidigungsminister hat uns folgende Erklärung geliefert, wobei ich nicht weiß, ob das nicht mehr damit zu tun hat, dass man sich jetzt in dieser Lage verteidigen will.
Guido Croseto sagt, die Gruppe Wagner ist dafür verantwortlich zu sein.
Nun wissen wir, dass diese russische Söldner Truppe auch in Afrika aktiv ist.
Und sofort von der Hand zu weisen ist so ein Vorwurf natürlich nicht, auch wenn Ihr Genipri Groschin, der Chef der Truppe das sofort getan hat, er hat gesagt, er habe derzeit andere Sorgen.
Wir kennen diese Form der hybriden Kriegsführung von Russland und seinem Verbündeten.
Erinnern wir uns an Weißrussland, wo Menschen bis an die Grenze nach Polen durchgewinkt wurden.
Und Italien wäre hier aus russischer Sicht ein besonders lohnendes Ziel der Destabilisierung.
Die Gesellschaft ist sehr gespalten, ob weiterer Waffenlieferungen an die Ukraine.
Geht es heute hier noch eine Regierung zwischen Lega und 5 Sterne Bewegung, dann würde wahrscheinlich die Politik gegenüber Russland und der Ukraine anders aussehen.
Derzeit ist Georgia Meloni mit ihrer Partei die Garantin dafür, dass man in der Ukraine auf Kurs bleibt.
Denn ihre beiden Koalitionspartner Matteo Salvini und Silvia Berlusconi sind Freunde Russlands bzw. im letzten Fall persönliche Freunde von Vladimir Putin.
Viele Botsflüchtlinge kommen ja von der libischen Küste und der italienische Geheimdienst.
Das spricht von hunderttausenden Menschen, die dort darauf warten, sich auf die gefährliche Überfahrt zu begeben.
Müssen wir also damit rechnen, dass die Situation auf der Route über das Mittelmeer mehr bald noch viel herausfordernder wird?
Man muss dazu einordnen, auch das ist ein Bericht, den es schon im letzten Jahr gab, der jetzt wieder ausgegraben wurde.
Wir haben öfter schon sehr bedrohliche Zahlen gehört von Menschen, die sich über das Mittelmeer aus Libyen in Bewegung setzen würden.
Aber ja, das ist ein Bericht, der ausgeht von 600 bis 700.000 Menschen, die die Überfahrt versuchen wollen.
Zudem ist die Lage in Tunesien derzeit sozial gerade sehr prekär.
Da waren der Außenminister Antonio Taiani von dort, könnten weitere tausende Menschen nach Italien kommen.
Aber der Rest Europas soll sich da keine Illusionen machen.
Die meisten Menschen, die in Italien anlanden, die wollen in andere Länder Europas und die tun das auch.
Die Route über das Mittelmeer bleibt also eine große Herausforderung für die europäischen Länder,

vor allem natürlich im Moment für Italien.

Cornelia Wosmanik war das live aus Rom. Vielen Dank für diese Einschätzungen.

Guten Tag, Nachlin.

In Israel treibt die rechtsreligiöse Regierung die umstrittene Justizreform weiter voran.

Zu Wochenbeginn sind weitere Gesetzesänderungen in der Knesset beschlossen worden, trotz hunderttausender Demonstranten die Woche für Woche aus Protest auf die Straße gehen.

Das Land ist gespalten, die Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten steigt.

Bereits mehrmals hat Israels Präsident Herzog vor einer Staatskrise gewarnt und sich klar gegen die Reform ausgesprochen,

doch seine Warnungen und Appelle verhallen ungehört, aus Tel Aviv berichtet Tim Kuppal.

Was hier geschieht, ist eine Tragödie, sagt Israels Präsident Izzak Herzog

vergangene Woche in einer TV-Ansprache an die Nation.

Es sind Worte, die an Deutlichkeit nicht zu überbieten sind von einem Politiker, der in seiner Funktion zur Unabhängigkeit verpflichtet wäre.

Die geplante Justizreform, sagt Herzog, sei zerstörerisch.

Gefährde, die Demokratie, der Entwurf müssen sofort fallen gelassen werden.

Nach diesen Worten des israelischen Staatsüberhauptes passiert auf Regierungsseite erst einmal gar nichts.

Am Wochenende findet dafür die wahrscheinlich größte Demonstration in der Geschichte Israels Stadt mehr als 200.000 Menschen

demonstrieren in Tel Aviv 500.000, sagen die Veranstalter.

Am Tag danach meldet sich der Präsident wieder zu Wort.

Die Lage ist sehr ernst, es drohen Folgen für unser Staatswesen, unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unsere Sicherheit.

Die rechtsreligiöse Koalitionsregierung zeigt sich unbeeindruckt, verabschiedet zu Wochenbeginn, weitere Kernelemente der umstrittenen Reform in erster Lesung, darunter eingesetzt,

dass eine Amtsenthebung des Ministerpräsidenten deutlich erschweren würde

und die umstrittene Gesetzespassage, die eine einfache Parlamentsmehrheit ermächtigen soll, höchstgerichtsentscheide einfach aufzuheben.

Mit 61 der 120 Stimmen in der Knesset, dem israelischen Parlament.

Seit Wochen verhandelt Präsident Herzog hinter den Kulissen mit Vertretern von Regierung und Opposition.

Mittlerweile scheint er selbst nicht mehr an einen Verhandlungserfolg zu glauben.

Es geht nicht um einen politischen Kompromiss,

das hier ist ein endloser Kraftakt auf der Suche nach der richtigen Formel für Gleichgewicht und Hoffnung.

Die Lage ist nämlich extrem besorgniserregend.

Vor einer drohenden Diktatur waren in gestern 1.000 israelische Künstlerinnen, darunter auch der Schriftsteller David Grossmann.

In einem Brief an die Botschafter Deutschlands und Großbritanniens fordern sie die Absage der bevorstehenden Besucher von Regierungschef Benjamin Netanyahu,

dass das weh tut, machen die USA vor, nach wie vor hat das weiße Haus keine Einladung zum üblichen Antrittsbesuch geschickt,

sehr zum Ärger Netanyahus.

Der Deutschlandbesuch wird hingegen wie geplant stattfinden.

Netanyahu wird heute in Berlin erwartet und soll dort morgen mit dem deutschen Kanzler Olaf Scholz zusammentreffen.

Für die Demonstranten, die jetzt wieder die Zufahrtsstraße zum Flughafen blockieren, um seine Abreise zu verzögern, hat Netanyahu wohl nur ein müdes Lächeln übrig, wenn er ihre Blockaden zum Flughafen mit dem Hubschrauber einfach überfliegt.

Berichtet aus Tel Aviv, Tim Kuppal.

In Argentinien ist die Inflationsrate so hoch, wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Im Jahresvergleich liegt sie derzeit bei über 100 Prozent.

Max Nikols berichtet.

Allein im Februar sind die Preise in Argentinien um mehr als 6 Prozent gestiegen.

Verteuert haben sich vor allem Lebensmittel, die Tarife für Internet und Telefon und die Preise in der Gastronomie.

Im Jahresvergleich liegt die bereits extra im hohe Inflationsrate in Argentinien nun bei 102,5 Prozent.

Damit ist sie nicht nur so hoch wie zuletzt 1991, sondern gehört neben jenen im Venezuela, im Libanon und im Sudan auch zu den höchsten Inflationsraten der Welt.

Argentinien hat im vergangenen Dezember zwar die Preise von über 1.700 Gütern eingeforen, genützt hat es aber offenbar nur wenig, um das Haushaltsdefizit zu finanzieren, macht die Zentralbank ständig frisches Geld.

In den vergangenen drei Jahren hat sich so laut Daten der Argentinischen Zentralbank die Geldmenge in Argentinien bereits vervierfacht.

Der Niederösterreichische Energieversorger EVN hat angekündigt, rund 300.000 Verträge zukündigen nur, um den Menschen dann neue Verträge anzubieten.

Wie die Kundinnen und Kunden darauf reagieren, ist unklar.

Das Internet-Vergleichsportal Durchblick gerechnet jedenfalls mit einer Abwanderungswelle. Gerhard Eisinger berichtet.

Die einseitige Vertragskündigung der EVN erspart den Konsumentinnen und Konsumenten zwar eine harrende Indexanpassung, die die alten Verträge vorgesehen hätten.

Der neue EVN-Darif ist soweit bekannt, aber nicht der günstigste am Markt, so Stefan Spiegelhofer, Leiter des Bereichs Energie bei Durchblicker.

Durch einen Wechsel zu den aktuell günstigsten Anbietern könnten sich Konsumentinnen und Konsumenten

mit einem Durchschnittsverbrauch von 4.000 Kilowattstunden Strom und 15.000 Kilowattstunden Gas

gegenüber dem angekündigten neuen EVN-Angebot 1.180 Euro im Jahr ersparen.

Das zeige ein aktueller Tarifvergleich, so Spiegelhofer.

Weil die Preise in fast allen bestehenden Verträgen zuletzt kräftig angehoben wurden, zahlt sich ein Wechsel laut Durchblicker mittlerweile aber nicht nur für EVN-Kunden, sondern auch in vielen anderen Fällen wieder aus.

Die Meldung hat Paul Kaker.

Die Post hat im Vorjahr beim Betriebsergebnis ein Minus von 8 Prozent gemacht.

Das Ergebnis liegt bei knapp 190 Millionen Euro.

Vor allem wurden um 2,5 Prozent weniger Pakete befördert, die an Zahlen wir allerdings im Jahr davor wegen der Corona-Pandemie besonders hoch. Russland plant ein noch schärferes Vorgehen gegen Kritik am Krieg in der Ukraine. Ein Gesetzentwurf sieht vor, dass man für Verrat oder Herabwürdigung der sogenannten Militäroperation die Staatsbürgerschaft verlieren kann. Bereits jetzt kann man bestraft werden, wenn man das russische Militär- oder Söldnergruppen kritisiert.

In Berlin und Sachsen-Anhalt hat es in der Früh große Rationen gegen eine Bande mutmaßlicher Schläuser gegeben.

400 Polizisten sind im Einsatz gewesen.

Mehr als 20 Wohnungen und Büros sind durchsucht worden, fünf Männer wurden festgenommen.

Die Bande soll Menschen aus der Türkei und dem Irak nach Deutschland geschmuggelt haben.

In der Fußball Champions League hat der ehemalige Salzburg-Spieler der Norweger Erling Haarland

einen Rekord aufgestellt.

Beim 7-0-Sieg gegen Leipzig hat Haarland zwei Tore in weniger als 1,5 Minuten geschossen, die sehr schnellsten Tore in der Champions League.

Insgesamt hat der Norweger dem Spiel fünf Tore erzielt.

Das Wetter anfangs bewölkt und von Veralberg ist mit Niederösterreich in der Schnee voll und regen,